



*Schulen nach Bern
Ecoles à Berne
Scuole a Berna
Scolas a Berna*

Bericht Projektwochen 2011

Schulen nach Bern
Postfach 222
4563 Gerlafingen

Tel. 032 675 08 08
info@schulen-nach-bern.ch
www.schulen-nach-bern.ch

Inhaltsverzeichnis

1.	Verein	1
2.	Einführung	2
3.	Kurzporträt unserer Förderer	6
4.	Projektwochen	7
4.1.	Allgemeines	7
4.2.	Schulklassen und ihre Parteien	8
4.3.	Volksinitiativen, Empfehlungen, Anträge	14
4.4.	Gespräch mit einem/einer Parlamentarier/in	28
4.5.	Besuch einer ausländischen Botschaft	29
4.6.	Nationalratssession	30
5.	Finanzen	31

1. Verein

Verein

Der Verein «Schulen nach Bern» wurde im April 2008 gegründet. Er ist politisch neutral, unabhängig, verfolgt keine kommerziellen Zwecke und strebt keine Gewinne an. Sein Ziel ist es, bei den Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I inkl. Brückenangebote das Interesse für die direkte Demokratie zu wecken und zu festigen.

Durchgeführte Projektwochen

2009	Eine Pilotwoche mit 5 Schulklassen	102 Schüler/innen
2010	Vier Projektwochen mit 22 Schulklassen	416 Schüler/innen
2011	Fünf Projektwochen mit 26 Schulklassen	540 Schüler/innen

Präsidentin

Dora Andres, alt Regierungsrätin (BE), Schüpfen

Vizepräsident

Beat W. Zemp, Zentralpräsident des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), Zürich

Vorstand

Dora Andres, alt Regierungsrätin (BE), Schüpfen

Beat W. Zemp, Zentralpräsident des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), Zürich

Elisabeth Barben, Stv. Sekretärin Ständerat bis Ende 2007, Spiez

Andreas Blaser, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit Parlamentsdienste, Langnau

Peter Egger, Verleger, Berufsfachschullehrer, Bern

Martin Fenner, Pens. Gymnasiallehrer und Dozent Institut SII, PH Bern, Bern

Jean-Marc Haller, Secrétaire général du Syndicat des Enseignants Romands (SER), Martigny

Daniel V. Moser-Léchoy, vormals Dozent für Geschichte und Geschichtsdidaktik, Institut SI, PH Bern, Bern

Georges Pasquier, Président du Syndicat des Enseignants Romands (SER), Genève

Spielleitung und Sekretariat

Katharina Andres Emch, Gerlafingen

2. Einführung

Liebe Leserinnen und Leser

Der Verein «Schulen nach Bern» kann – nach der Pilotwoche im Jahr 2009 und den vier Projektwochen 2010 – auf fünf erfolgreiche Projektwochen im Jahr 2011 zurückblicken. Im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst 2011, welche die Bundeskanzlei und die Parlamentsdienste stark belasten, fanden alle Projektwochen bereits im Frühjahr in den Monaten Februar–April 2011 statt. Davon wurden drei deutsch-/französischsprachige sowie zwei Projektwochen deutsch-/italienischsprachig durchgeführt. 26 Schulklassen mit total 541 Jugendlichen aus 14 Kantonen nahmen an den diesjährigen Projektwochen teil.

Bis Ende 2011 haben gesamthaft 53 Schulklassen aus 19 Kantonen am Projekt teilgenommen. Einzig aus den Kantonen AI, BS, NW, UR, JU, SH und SO waren noch keine dabei.

Zahlreiche Regionalmedien haben jeweils die Klasse aus ihrer Region begleitet oder Artikel darüber publiziert. Das Radio DRS 1 berichtete in seiner Sendung «Treffpunkt» vom Donnerstagvormittag, 17. Februar 2011, zum Thema «Demokratie zum Anfassen» live von der Projektwoche in Bern. Die Moderatorin interviewte Jugendliche, Lehrpersonen, die Präsidentin des Vereins sowie Alt-Bundesrätin Elisabeth Kopp, die an jenem Donnerstagnachmittag die Rolle des Bundesrates in der Nationalratsdebatte «Schulen nach Bern» innehatte.

Vorbereitung

Die Klassen kamen gut bis sehr gut vorbereitet nach Bern. Einige hatten sich im Vorjahr bereits mit der Politik auf Gemeinde- und Kantonebene befasst und kannten somit schon gewisse Abläufe und Fachbegriffe.

Die Vorbereitung auf die Projektwoche und besonders auf das integrierte Planspiel ist jeweils sehr wichtig. Dafür steht den Klassen das Lehrmittel «Schulen nach Bern» und den Lehrpersonen zusätzlich der Lehrerkommentar sowie der neu geschaffene Lehrerordner zur Verfügung. Alle Publikationen liegen in drei Amtssprachen vor.

Ebenfalls bewährt hat sich der Informationsnachmittag für die Lehrpersonen. Sehr hilfreich ist zudem die Lern- und Arbeitsplattform «educanet²», die der Verein nutzen darf. Leider sind viele teilnehmende Schulen noch nicht dabei oder nur angemeldet, ohne dass sie damit arbeiten. Jene Jugendlichen sind sich daher nicht gewohnt, mit «educanet²» zu arbeiten. Vielmals trägt die zuständige Lehrperson die wichtigsten Informationen ein.

Trotzdem hat «Schulen nach Bern» vor, «educanet²» noch intensiver einzusetzen. Künftig sollen die Klassen alle Informationen wie Volksinitiative, Kandidaten für Nationalratspräsidium und Vizepräsidium, Mitglieder in den einzelnen Kommissionen usw. im «educanet²» eintragen und die Informationen der anderen Klassen auch wieder dort holen. Dabei ist es sehr wichtig, die Abgabetermine einzuhalten, denn wegen fehlender Informationen können die restlichen Klassen nicht weiterarbeiten – und zudem erhöht sich der Aufwand bei der Spielleitung überproportional.

Projektwoche

Das Kernelement der Projektwoche ist das Planspiel. Dieses hat sich bewährt und wird von allen Beteiligten als sehr praxisnahe, lehrreiche und als einzigartige Gelegenheit angesehen. Die Jugendlichen übernehmen in Bern die Rolle gewählter Nationalräte und diskutieren in Fraktionen und Kommissionen die von ihnen im Vorfeld eingereichten Volksinitiativen. Sie erhalten dadurch einen einmaligen Einblick in die Politik am Ort des Geschehens.

Noch als Schulklasse einigen sich die Jugendlichen auf ein Thema für eine Volksinitiative, hinter dem die ganze Klasse stehen kann, was für die Lehrpersonen oft als grosse Herausforderung empfunden wird. Zum einen, weil nur eine Initiative lanciert werden darf, aber zahlreiche Themen eingebracht

werden. Zum anderen, weil die Themen, die die Jugendlichen bewegen, oftmals in der Zuständigkeit der Gemeinde oder des Kantons fallen. Bis jetzt war der Verein tolerant und akzeptierte auch solche Themen. Wichtiger als die Kompetenzzugehörigkeit war ihm jeweils, dass die Jugendlichen mitmachen und über Themen diskutieren konnten, an denen sie wirklich interessiert waren.

Der Verein legt weiterhin grossen Wert darauf, dass die Klassen auch in Zukunft ihr Thema frei wählen können und dabei weder vom Verein noch von den Lehrpersonen eingeschränkt werden. Reichen die Klassen ähnliche Themen wie in früheren Projektwochen ein, wird die Botschaft des Bundesrats nicht neu ausgearbeitet, sondern die Bundeskanzlei passt die bestehende Botschaft entsprechend an.

Ein ganz wichtiger Teil in der Vorbereitung ist der Rollenwechsel vom Bürger zum Politiker, der jedoch nicht gespielt werden kann und durch die Lehrperson anhand der Theorie im Lehrmittel «Schulen nach Bern» vermittelt wird. Nachdem die Klassen als Interessengruppen ihre Initiativen lanciert haben, gründen sie eine politische Partei, deren Mitglieder automatisch zu gewählten Nationalräten und somit zur Bundeshausfraktion ihrer Partei werden. In dieser Funktion wählen sie ihren Fraktionspräsidenten und den Vize und erledigen Vorbereitungsarbeiten fürs Planspiel in der Projektwoche.

Auch in Bern sind die Fraktionssitzungen ein zentrales Element. Da werden die Ergebnisse aus den Kommissionen diskutiert, die Fraktionsmeinungen für die Nationalratsdebatte festgelegt, die Fraktionssprecher bestimmt und eventuell Fraktionsgegentwürfe zu den Initiativen ausgearbeitet. Währenddessen sind auch das Treffen mit dem National- oder Ständerat aus dem Herkunftskanton sowie der Besuch bei der ausländischen Botschaft vorzubereiten.

Höhepunkt und zugleich Abschluss des Planspiels ist jeweils die Nationalratsdebatte im Nationalratssaal mit einem ehemaligen Bundesrat in der Rolle des Bundesrats. Ein ehemaliger Nationalratspräsident oder ehemaliger Ratssekretär unterstützt den Nationalratspräsidenten SnB [Schulen nach Bern] und den -vizepräsidenten in der Leitung der Debatte. Alle Nationalratsdebatten waren bis jetzt ein Erfolg. Es war eindrücklich, wie die Jugendlichen ans Rednerpult gingen, sich als Einzelredner meldeten und diszipliniert, zum Teil über vier Stunden, zuhörten.

Die Spielleitung empfiehlt jeweils, dass jeder Nationalrat SnB mindestens einmal ans Rednerpult treten soll – auch wenn dort nur zwei, drei Sätze gesagt werden. Doch das gemeinsame Erlebnis prägt sich ein und wirkt verbindend. Rückmeldungen von Lehrpersonen zeigen, dass alle Jugendlichen, aber speziell die zurückhaltenden Schüler, während der Woche in Bern enorm an Selbstbewusstsein gewonnen haben.

Leider musste die Nationalratsdebatte vom 14. April 2011 im Grossratssaal des Kantons Bern durchgeführt werden, da der echte Nationalrat eine Sondersession einberufen hatte.

Projektteam

Jede Fraktion bekam in Bern einen Klassenbetreuer zugewiesen. Dafür wurden wieder Studenten der PH Bern eingesetzt, die im Rahmen eines Forschungspraktikums jeweils diese Aufgabe übernehmen. Nach der Woche schreibt jede Betreuungsperson einen Rapport zuhanden der PH Bern. Ihre Rückmeldungen sind sehr positiv. Darin steht u.a.: *«Als Schlusswort darf ich erneut festhalten, dass mir die Woche als Forschungspraktikum nicht nur sehr zu gefallen wusste, sondern mir auch neue Erkenntnisse über die Politik vermitteln konnte, was für mich als sehr an Politik interessierte Person eher erstaunlich war.»* Ein anderer schreibt: *«Ein grandioses Projekt, das den S+S [Schülerinnen und Schülern] einen einfachen Zugang zur Schweizer Politik und der direkten Demokratie ermöglicht. Die Woche bleibt bestimmt allen in guter Erinnerung. Persönlich konnte ich ebenfalls sehr viel profitieren. Ich befasste mich konkret mit Politik, lernte dabei selber sehr viel, hatte Einblick in den Alltag eines Klassenlagers und erlebte dabei, wie wichtig es ist, eher trockene Materie durch die geeignete Methodenwahl (Rollenspiele, Besuch der realen Schauplätze, ...) zu greifbarem und spannendem Stoff werden zu lassen. Gratulation an den Verein <Schulen nach Bern>!»*

Diese Zusammenarbeit möchte der Verein auch die kommenden Jahre weiterführen. Wir sind überzeugt, dass die zukünftigen Lehrer/innen die Erfahrungen aus dieser Woche in die Schulstube mitnehmen und eventuell sogar einmal mit ihrer Klasse am Projekt teilnehmen werden.

Neben dem Planspiel muss der Verein die ganze Logistik (Reinigung, Verpflegung, Nachtwache usw.) sicherstellen. Das Sekretariat ist die Drehscheibe und hat sich ebenfalls in der Zivilschutzanlage eingerichtet. Es war täglich von 6.30 bis 23.00 Uhr besetzt. Die Frühschicht übernahm jeweils ein Freiwilliger, und am Nachmittag/Abend war die Spielleitung vor Ort. Die täglichen Koordinationssitzungen mit den Lehrpersonen und den Klassenbetreuenden wurden von der Präsidentin «Schulen nach Bern» geleitet.

Logistik

Die Einquartierung erfolgte auch dieses Jahr in der unterirdischen Zivilschutzanlage der Stadt Bern, die sich unter dem PostFinance-Gebäude auf dem BEA-Areal, Nähe Endstation Tram 9, Guisanplatz, befindet. Die grosszügige Anlage hilft, dass die Jugendlichen mit der unterirdischen Unterkunft ohne Probleme zurechtkommen. Das Programm ist so gestaltet, dass sie mindestens den halben Tag ausserhalb der Anlage verbringen. Die Mahlzeiten, zubereitet durch unsere drei ehemaligen Militärküchenchefs, wurden gelobt. Die Reinigung erfolgte durch Personen vom Schweizer Arbeiterhilfswerk unter Aufsicht einer ehrenamtlichen Hausbeamtin, die auch die Tagwacht machte und bei der Zubereitung des Frühstücks mithalf. Damit die Lehrpersonen ruhig schlafen konnten, waren jeweils von 23.00 bis 6.00 Uhr ein pensionierter Mann und eine Frau als Nachtwache im Einsatz.

Finanzen

Der Verein hat seit dem Start im Jahr 2009 die gleichen vier Stiftungen, die das Projekt unterstützen: **AVINA Stiftung, Ernst Göhner Stiftung, Stiftung Mercator Schweiz und die Gottfried und Ursula Schächli-Jecklin Stiftung**. Ebenfalls haben **18 Kantone (AG, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GR, JU, LU, NE, SO, TG, TI, VD, VS, ZG und ZH)** einen Start- und Projektbeitrag aus ihrem Lotteriefonds gesprochen, der die Pilot- und Implementierungsphase bis Ende 2012 mitfinanziert.

Die Kosten für die fünf Projektwochen 2011 belaufen sich auf **CHF 331580.50** (Stand: 30. Juni 2011). Aufgeteilt auf die 541 Jugendlichen ergibt sich pro Person ein Kostenanteil von **CHF 612.90**. Darin sind die Hin- und die Rückreise, das Lehrmittel, das Wochenabonnement für das Tram in Bern, die Verpflegung, die Versicherungen, die Betreuung, die Kosten der Lehr- und Begleitpersonen, alle Programmkosten sowie die ganze Administration enthalten. Der Aufwand konnte im Vergleich zum Vorjahr um rund CHF 25.– pro Person gesenkt werden.

Die Schulen bezahlten dem Verein pro Schüler/in einen Unkostenbeitrag von CHF 150.–, was rund 24,5% der Gesamtkosten deckt. Die Lehr- und Begleitpersonen sind als Gäste des Vereins «Schulen nach Bern» eingeladen. 75,5% der Auslagen werden durch die Förderer (CHF 115000) und aus den Start- und Projektbeiträgen der Lotteriefonds (rund CHF 133000) gedeckt (Details siehe unter Kapitel 5 «Finanzen»).

Dank

Die Projektwochen «Schulen nach Bern» können nur in enger Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei und den Parlamentsdiensten durchgeführt werden. Diesen gebührt ein grosses Dankeschön für die tatkräftige Unterstützung.

Ebenfalls ein grosses Dankeschön geht an unsere Förderer und an die kantonalen Lotteriefonds, die mit ihren grosszügigen finanziellen Beiträgen die Durchführung der Projektwochen 2011 überhaupt erst ermöglicht haben.

Ebenfalls danken möchte ich folgenden Personen und Institutionen, welche die Projektwochen 2011 mit ihrem Wissen und mit aktiver Mitwirkung unterstützten: Bundesrätin Ruth Dreifuss (1993–2002), Bundesrat Arnold Koller (1987–1999), Bundesrätin Elisabeth Kopp (1984–1989), Nationalrats-

präsidentin Pascale Bruderer (2009/2010), Nationalratspräsident Hanspeter Seiler (1999/2000), Ratssekretär Ueli Anliker (1980–2008), Elisabeth Barben (Stv. Sekretärin Ständerat bis Ende 2007), Andreas Blaser, Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit der Parlamentsdienste, BernMobil, der Bundeskanzlei, educa.ch, den Parlamentsdiensten, der Pädagogischen Hochschule Bern, den SBB.

Weiter danke ich ganz herzlich folgenden nationalen Politikern, die sich in Bern die Zeit für ein Gespräch mit der Schulklasse aus ihrem Kanton nahmen: Ständerat SR Hermann Bürgi (TG), NR Luc Barthassat (GE), NR Prisca Birrer-Heimo (LU), NR Marina Carobbio Guscetti (TI), NR Christophe Darbellay (VS), NR Esther Egger Wyss (AG), NR Sylvia Flückiger (AG), NR Brigitta Gadiant (GR), NR Ida Glanzmann (LU), NR Edith Graf (TG), NR Hans Grunder (BE), NR Ursula Haller (BE), NR Hansjörg Hassler (GR), NR Hugues Hiltbold (GE), NR Margret Kiener Nellen (BE), NR Geri Müller (AG), NR Thomas Müller (SG), NR Fabio Pedrina (TI), NR Kathy Riklin (ZH), NR Paul-André Roux (VS), NR Barbara Schmid-Federer (ZH), NR Elisabeth Schneider (BL), NR Andy Tschümperlin (SZ), NR Thomas Weibel (ZH)

Ein herzlicher Dank geht auch an folgende ausländische Botschaften, die im Rahmen unserer Projektwochen eine oder mehrere Schulklassen/Fraktionen empfangen haben: Algerien, Belgien, Brasilien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Indien, Italien, Kosovo, Niederlande, Polen, Rumänien, Schweden, USA, Vatikanstadt.

Zudem danke ich den ehrenamtlichen Helfern, den Student(inn)en der Pädagogischen Hochschule Bern, den Vorstandsmitgliedern, dem Verein StattLand, den Lehrpersonen der teilnehmenden Klassen sowie dem Sekretariat.

Schirmherrschaft

Besonders dankt der Verein Frau Staatsrätin Isabelle Chassot, Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), und Herrn Regierungsrat Christian Wanner, Präsident von ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, für die Ausübung der Schirmherrschaft.

Ausblick 2012

Aus den Erkenntnissen der letzten zwei Jahre werden auf 2012 das Lehrmittel, der Lehrerkommentar und die Lehrerordner angepasst und aktualisiert. Der Vorstand hat zudem entschieden, das Lehrmittel «Schulen nach Bern» jeweils nach den eidgenössischen Wahlen zu aktualisieren und für die jeweils anschliessenden vier Jahre zu drucken. Diese Kosten sollen aber nicht über das ordentliche Budget laufen, sondern separat finanziert werden.

Neu wird am Montagabend eine kleine Olympiade mit verschiedenen Spielen in den Räumlichkeiten der Zivilschutzanlage organisiert. Es wird in kleinen, klassendurchmischten Gruppen gespielt. Alle anderen Aktivitäten haben sich bewährt und werden beibehalten.

In der zweiten Hälfte 2011 sind die Daten für 2013–2015 mit der Bundeskanzlei und den Parlamentsdiensten festzulegen. Es steht bereits fest, dass ab 2013 der Unkostenbeitrag pro Jugendliche/n auf CHF 200.– angehoben wird. Zudem sollte bis Anfang 2012 die Finanzierung für die Jahre 2013–2015 gesichert sein.

Dora Andres, Präsidentin

3. Kurzporträt unserer Förderer

AVINA STIFTUNG

Die AVINA STIFTUNG wurde 1994 von Stephan Schmidheiny als gemeinnützige Stiftung mit unternehmerischem Charakter gegründet. Die Stiftung engagiert sich im In- und Ausland für soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Sie will für möglichst viele Menschen Chancen schaffen, ihre Lebensbedingungen durch eigene Anstrengungen zu verbessern. Die AVINA STIFTUNG fördert in der Schweiz und in Europa innovative Projekte in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Umwelt. Sie unterstützt auch schweizerische und europäische Initiativen mit Fokus auf Lateinamerika. Die AVINA STIFTUNG ist Gründungsmitglied von SwissFoundations, dem Verband der Schweizer Förderstiftungen, und engagiert sich auch für die Förderung des Stiftungssektors Schweiz. www.avinastiftung.ch

Ernst Göhner Stiftung

Ein Werk für Kultur, Soziales, Umwelt, Bildung und Wissenschaft

Die Ernst Göhner Stiftung ist das Geschenk des Zürcher Unternehmers Ernst Göhner an die Nachwelt. Die Stiftung hat 1971 nach dem Ableben des Stifters ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Stiftung mit Sitz in Zug hat sowohl unternehmerischen als auch philanthropischen Charakter. Sie steht unter der Aufsicht der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA).

Das Stiftungsvermögen besteht im Wesentlichen aus verschiedenen Unternehmensbeteiligungen sowie einem grösseren Immobilienbesitz mit Objekten im In- und Ausland. Die Ernst Göhner Stiftung schüttet jährlich einen beachtlichen Teil ihres erwirtschafteten Gewinns für gemeinnützige Zwecke in den Bereichen Kultur, Umwelt, Soziales und Bildung/Wissenschaft aus. Die Ernst Göhner Stiftung ist Gründungsmitglied von SwissFoundations, dem Verein der Förderstiftungen in der Schweiz. www.ernst.goehner.ch

Stiftung Mercator Schweiz

Die gemeinnützige Stiftung Mercator Schweiz engagiert sich unter dem Motto «Ideen beflügeln» in drei Bereichen: Wir tragen nachhaltig zur Stärkung des Wissens- und Forschungsplatzes Schweiz bei, indem wir innovative Projekte an Hochschulen unterstützen. Wir eröffnen Kindern und Jugendlichen Bildungschancen und regen kulturelles, wissenschaftliches und gesellschaftliches Engagement an. Wir setzen uns für Toleranz und Völkerverständigung ein und fördern internationale Begegnungen. Gemeinsam mit unseren Partnern stossen wir zukunftsorientierte Projekte an, suchen nach richtungsweisenden Lösungen, geben nachhaltige Impulse und regen den gesellschaftlichen Fortschritt an. Unser Engagement gilt einer lernbereiten, offenen und toleranten Gesellschaft. www.stiftung-mercator.ch

Gottfried und Ursula Schächli-Jecklin Stiftung

Die Gottfried und Ursula Schächli-Jecklin Stiftung wurde im Dezember 2002 errichtet. Sie hat ihren Sitz in Rüslikon im Kanton Zürich. Die gemeinnützige Stiftung unterstützt Tätigkeiten, Bestrebungen und Organisationen im Bereich der Bildung und Kultur, wobei die Begriffe Bildung und Kultur in einem weiten Sinn verstanden werden. Die Stiftung erfüllt ihren Zweck auf dem Gebiet der ganzen Schweiz, unter besonderer Berücksichtigung des Kantons Zürich. Die Stiftung ist namentlich in Bereichen tätig, in welchen das Gemeinwesen nicht oder nur in untergeordnetem Mass tätig ist. Die Gottfried und Ursula Schächli-Jecklin Stiftung ist Mitglied von proFonds, Dachverband gemeinnütziger Stiftungen der Schweiz.

4. Projektwochen

4.1. Allgemeines

Jeweils fünf bis sechs Klassen der Sekundarstufe I und aus zwei Sprachregionen verbringen eine Woche in der Bundesstadt und gewinnen dort als „gewählte Nationalrätinnen und –räte“, einen realistischen und praxisbezogenen Einblick in die nationale Politik. Der Höhepunkt der handlungsorientierten Woche ist die Nationalratsdebatte im echten Nationalratssaal. Die „Jungpolitiker und –politikerinnen“ diskutieren in den Fraktionen und Kommissionen die von ihnen im Vorfeld eingereichten Volksinitiativen. Weitere Programmpunkte während der Woche sind:

- Eröffnungsfeier mit geheimer Wahl des Nationalrats- und des Vizepräsidenten bzw. der Nationalrats- und der Vizepräsidentin
- Führung durch die Bundeskanzlei und das Parlamentsgebäude
- Stadtrundgang zur Entstehung und Entwicklung der Bundesstadt
- Gespräch mit einem eidgenössischen Parlamentarier bzw. einer Parlamentarierin aus dem Herkunftskanton der Klasse
- Besuch einer ausländischen Botschaft.

Detailinformationen zum Projekt und zum Verein finden Sie unter www.schulen-nach-bern.ch.

Unterkunft und Verpflegung

Im Gegensatz zu den echten Politikern übernachten die Nationalräte und Nationalrätinnen „Schulen nach Bern“ nicht in einem Mehrsternhotel, sondern in der Zivilschutzanlage der Stadt Bern an der Mingerstrasse 14 in Bern. Dort nehmen sie alle Mahlzeiten ein, die von drei pensionierten Militärköchen in der vorhandenen Grossküche zubereitet werden. Zudem stehen jeder Fraktion zwei Massenslager und ein Fraktionsraum zur Verfügung. Gemeinsam werden die Sanitäreinrichtungen, der Aufenthalts- und der Essraum genutzt.

Räumlichkeiten, in denen bis 120 Personen übernachten können und dazu noch weitere Zimmer zur Verfügung stehen, sind rar. In der Stadt Bern gibt es nur diese Zivilschutzanlage und die Guisan-Kaserne auf dem Waffenzelt Bern, welche rege durchs Militär genutzt wird.

Lehrmittel

Zur Vorbereitung auf die Woche hat der Verein das Lehrmittel „Schulen nach Bern“ herausgegeben. Die 2. Auflage erscheint nach den eidgenössischen Wahlen im Winter 2011/12. Somit können sich auch die Klassen der Projektwochen Herbst 2012 – 2015 mit einem aktuellen Lehrmittel vorbereiten.

Team

Das Team während der Projektwochen in Bern setzt sich grösstenteils aus ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen zusammen. Sie erhalten gemäss Spesenreglement des Vereins eine Entschädigung von CHF 100.--/pro 10 Std.

4.2. Schulklassen und ihre Parteien

14. – 18. Februar 2011

Klassen	Parteien
Oberstufe Mittelrheintal 2. Sekundarklasse Karl-Völkerstrasse 7 9435 Heerbrugg (SG) 24 Schüler/innen	Schweizerische Gesundheitspartei (SGP) Die Schweizerische Gesundheitspartei setzt sich für die Gesundheit der schweizerischen Bevölkerung ein. Zudem sollen gerade Familien im Bereich der Gesundheitskosten eine finanzielle Entlastung erfahren.
OS Strättligen Klasse 8 A Hallerstrasse 24 3604 Thun (BE) 23 Schüler/innen	Thuner Nachwuchs Partei (TNP) Als junge Interessierte zählen wir uns selber zum (politischen) Nachwuchs. Mit unserer Initiative setzen wir uns ein, dass Eltern genügend Zeit zur Verfügung steht, damit sie sich um ihren jungen Nachwuchs kümmern können.
Schulhaus Lettenweg Klasse P3b Lettenweg 25 4123 Allschwil (BL) 20 Schüler/innen	Kultouristische Volkspartei (KVP) Die Kultouristische Volkspartei stammt aus einer Gegend, die ganz nahe beim Dreiländereck am Rhein liegt. Wir sind gewohnt mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen zu leben und spüren, welche Bereicherung uns das bringt. Mit unserer Initiative möchten wir bewirken, dass möglichst alle Jugendlichen die Möglichkeit einer solchen Begegnung haben. Dieser lebendige Kulturaufenthalt kann den Inhalt verschiedenster Schulfächer viel wirksamer in die Realität umsetzen als jedes Schulbuch.
CO Goubing Klasse CO4 Chemin des Collines 3960 Sierre (VS) 19 Schüler/innen	Integrationspartei Diese setzt sich für ein Recht auf mehr soziale und politische Teilnahme der Minderheiten, die Bekämpfung von Diskriminierungen und die Deckung eines Existenzminimums für alle ein.
CO Florence Klasse 708 A1 16 chemin du Velours 1231 Conches (GE) 24 Schüler/innen	Umweltschutz-Bewegung Wir setzen uns für den Umweltschutz, für die Bildung von Energieeinsparungen und dessen Forschung ein.
Total Schüler/innen 110	

21. – 25. Februar 2011

Klassen	Parteien
Kreisschule Mutschellen Klasse S4A Bahnhofstrasse 34 8965 Berikon (AG) 17 Schüler/innen	Soziale Familienpartei (SFP) Wir setzen uns für das Wohl der Familie ein. Wir wollen, dass es in der Schweiz wieder attraktiv wird, Kinder zu bekommen. Wir kämpfen für ein harmonisches Miteinander mit unseren ausländischen Mitbürgern und fordern einen stets freundlichen Umgang. Wir wollen von den kulturellen Seiten der Ausländer profitieren, indem wir deren Entfaltung unterstützen.
Kreisschule Mutschellen Klasse S4C Bahnhofstrasse 34 8965 Berikon (AG) 18 Schüler/innen	Nationale Sport-Partei Schweiz (NSPS) Wichtig ist uns die Gesundheit der Menschen, dafür setzen wir uns ein. Sowie für die Förderung der Nachwuchssportler. Wir sind überzeugt davon, dass Bewegung und Sport den Körper und den Geist gesund machen und halten.
Sekundarschule Bruggfeld Klasse 3db Rofenstrasse 20 8589 Sitterdorf (TG) 22 Schüler/innen	Bruggfeld-Partei (BfP) Die Bruggfeld-Partei ist eine EU-feindliche Partei, jedoch nicht ausländerfeindlich. Wir unterstützen den Kampf gegen den Klimawandel und wollen stark mit anderen Ländern zusammenarbeiten. Die Städte und Gemeinden sollen möglichst selbstständig sein.
Real- und Sekundarschule Bürenstrasse 8 3270 Aarberg (BE) 10 Schüler/innen	Jugend Fraktion Schweiz (JFS) Förderung der Jugendlichen in den Bereichen von Schulen und Ausbildung, Kultur, Sport und Interesse an der Politik. Schutz der Jugendlichen vor Kriminalität, Fernhalten von Suchtmitteln, Schutz vor physischen und psychischen Aggressionen.
CO de Sainte-Jeanne-Antide Klasse 3CO5 Rue du Simplon 10 1920 Martigny (VS) 23 Schüler/innen	Partei der roten Frösche (PGR) Wir, die PGR, sind eine ökologische Partei, die die wunderschöne Natur unseres Landes bewahren will. Wir verteidigen die traditionellen Werte der Schweiz wie Neutralität und Solidarität. Wir verurteilen die Schwarzarbeit und unterstützen die Gründung von Kleinunternehmen. Nutzen Sie die Gelegenheit und treten Sie uns bei!
Schlossbergschule Klasse 1f Schlüsselmatteweg 23 3700 Spiez 19 Schüler/innen	Lebensfrohe Schlossbergschul-Demokraten (LSD Spiez) Die Partei LSD Spiez macht sich für ArbeiterInnen stark, welche nicht viel verdienen. Wir tolerieren nicht, dass die ärmeren Personen oder Familien sich fast nichts mehr leisten können und einige wenige auf Kosten anderer immer reicher werden. Wir möchten zudem den Jugendlichen einen richtigen Wegweiser stellen, dazu gehört der Schutz vor Drogen und vor sexueller Gewalt und Ausbeutung.
Total Schüler/innen 109	

28. März – 1. April 2011

Klassen	Parteien
<p>Sekundarschule Hüttwilen Klasse E/A Schulhaus Burgweg 8536 Hüttwilen (TG) 29 Schüler/innen</p>	<p>Schüleraustausch Schweiz (SAS) Die SAS hat sich zum primären Ziel gesetzt, die Verständigung unter den Menschen der vier Sprachregionen in der Schweiz wesentlich zu verbessern. Da wir auf die Jugend setzen, sollen Sekundarschüler mit guten Sprachkenntnissen die Gelegenheit erhalten, in einer anderen Sprachregion Menschen, Kultur, Schule und Besonderheiten kennenzulernen.</p> <p>Unsere Sozialversicherungen müssen auch in Zukunft gesichert werden, sei dies durch einen höheren Satz bei der AHV oder durch die Erhöhung des Rentenalters.</p> <p>Wir sind entschieden gegen einen EU-Beitritt der Schweiz, wollen aber wirtschaftlich eng mit dem Ausland zusammenarbeiten.</p> <p>Die traditionelle Familie soll gefördert werden, indem man sie steuerlich entlastet. Tagesschulen und Krippen sind durch die Benutzer selbst zu bezahlen.</p> <p>Die Staatssteuern dürfen nicht erhöht werden, Reiche müssen proportional mehr Steuern zahlen als Ärmere.</p> <p>Wer mit dem öV zur Arbeit fährt, soll steuerlich besser fahren als der Benutzer von Privatautos.</p> <p>Der Staat muss mehr in die Forschung von erneuerbarer Energie investieren.</p>
<p>Kreisschule Mutschellen Klasse S4B Bahnhofstrasse 34 8965 Berikon (AG) 17 Schüler/innen</p>	<p>Schweizerische Jugendpartei (SJP) Uns erscheint es als sinnvolles Anliegen, erst mit der Vollendung des 18. Lebensjahres für Dienstleistungen wie Badeanstalten, Kinos usw. oder für öffentliche Verkehrsmittel den vollen Preis bezahlen zu müssen.</p> <p>Die soziale Jugendpartei setzt sich für eine bessere Integration der Ausländer in der Schweiz ein. Ausserdem kämpfen wir für faire, dem Niveau der geleisteten Arbeit entsprechende Löhne, ungeachtet dem Geschlecht und der Nationalität. Wir fordern eine angemessene Steuererhöhung ab einem Jahreseinkommen von 150'000 CHF. Geregelter Schulzeiten sind uns wichtig, ebenso regelmässige Schularztuntersuchungen und Ernährungslehre in der Volksschule, um Kinder vor Übergewicht zu schützen. Zudem befürworten wir mehr Sportaktivitäten ausserhalb der Schule. Wir setzen uns für die Einführung von Fremdsprachen bereits ab der zweiten Primarklasse ein, da man in jenem Alter Sprachen gut lernen kann.</p>

Klassen	Parteien
<p>Sekundarschule Mettmenstetten Klasse 3A Schulhausstrasse 13 8932 Mettmenstetten (ZH) 29 Schüler/innen</p>	<p>Partei der Jugend (PDJ) Wir setzen uns für ein einheitliches Schulsystem ein, welches vom Bund koordiniert wird. Eine gute Schulbildung ist uns wichtig. Wir fordern Steuererleichterung für Familien mit Kindern. Wir setzen uns für umweltfreundliche Technologien ein. Wir sind gegen einen EU-Beitritt. Wir fordern eine Begrenzung der Boni bzw. der obersten Löhne im Vergleich zu den tiefsten Löhnen. Wir unterstützen die Entwicklung alternativer Energien und den baldigen Ausstieg aus der Kernenergie. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle in der Schweiz sicher fühlen. Wir unterstützen die Wirtschaft und den Tourismus. Sie sind für die Schweiz überlebenswichtig.</p>
<p>Cycle d'orientation la Golette Klasse 803 Rue de la Golette 17 1217 Meyrin (GE) 20 Schüler/innen</p>	<p>Parti Les Petits Citoyens Récemment formé en 2010 par un groupe de jeunes gens qui veulent vraiment changer les choses. Parti des étudiants et écoliers suisses qui défendent leurs intérêts. Nous nous engageons pour une école plus égalitaire et plus ouverte vers l'extérieur. Nous voulons favoriser l'apprentissage des langues dans les pays concernés Nous luttons contre le racisme et défendons l'égalité entre homme et femme ainsi que l'intégration des personnes discriminées. Nous sommes pour le maintien de l'assurance maladie obligatoire. Nous nous engageons également pour une réduction du prix des billets de transports publics et un durcissement de la sanction pour les fous de vitesse.</p>
<p>Schulhaus Sedrun Oberstufe Via da scola 1 7188 Sedrun (GR) 11 Schüler/innen</p>	<p>PSM (Partida senza muntada) POB (Partei ohne Bedeutung) Die "Partei ohne Bedeutung" setzt sich für die Erhaltung und Förderung der romanischen Sprache ein. Wir wollen die romanische Sprache standardisieren, d.h. eigenen TV-Sender erhalten / Ausbau und Erweiterung der Radiostationen, Tageszeitungen, usw. fördern. Wir wollen den Wirtschaftsraum in den Berg- und Randgebieten unseres Landes fördern und dies mit konkurrenzfähigen und lukrativen Mitteln wie Hanfanbau, usw. Wir wollen den Hanfanbau legalisieren und damit auch eine wirtschaftliche und alternative Basis für die Landwirtschaft in den Berggebieten schaffen. Wir setzen uns ein für mehr Freiheiten und Freizeit der Bewohner unseres Landes.</p>
<p>Total Schüler/innen 106</p>	

4. – 8. April 2011

Klassen	Parteien
Kreisrealschule 2. und 3. Oberstufe 7411 Sils i.D. (GR) 15 Schüler/innen	"Die Partei" Schweiz (DPS) <ul style="list-style-type: none"> • Schutz der Umwelt und des Klimas • Bekämpfung von Kriminalität und Gewalt • Sicherung der Lehrstellen und Arbeitsplätze für die Zukunft • Umfangreiche Sport- und Bewegungsangebote für Jugendliche • Einhaltung und Kontrollen der Mindestlöhne • Bereitstellung finanzieller Mittel zur Bekämpfung der Korruption
Schulhaus Gersag I Klasse 2a Rüeggisingerstrasse 24 6020 Emmenbrücke (LU) 25 Schüler/innen	Emmer Schüler Partei (ESP) Wir stehen links, weil für uns die Menschen und die Umwelt im Mittelpunkt sind. Deshalb setzen wir uns für ein friedliches, rücksichtsvolles Zusammenleben sowie für den Natur- und Tierschutz ein. Zu unseren Zielen gehören: <ul style="list-style-type: none"> • Abbau der Atomkraftwerke • Härteres Vorgehen gegen Raser • Kein unnötiges Leiden von Tieren
Schulhaus Gersag I Klasse 2b Rüeggisingerstrasse 24 6020 Emmenbrücke (LU) 19 Schüler/innen	Junge Wilde Partei (JWP) <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen die Umwelt stärker schützen • Durch gesunde Lebensbedingungen schaffen wir eine gesunde Bevölkerung • Alle Menschen in der Schweiz sollen anständig leben können • Das Zusammenleben funktioniert nur, wenn sich alle an die Regeln halten • Wir schauen positiv in die Zukunft. Wir wollen Gutes beibehalten und Schlechtes verändern
Scuola Media di Mendrisio Klasse Terza Media Via P.F. Mola 6850 Mendrisio (TI) 22 Schüler/innen	Partito Democratico Momò (PDM) <ul style="list-style-type: none"> • Favorire i trasporti delle merci e delle persone in modo tale da migliorare l'integrazione delle esigenze dell'economia, della mobilità e dei residenti • Promuovere il risparmio energetico attraverso la modernizzazione e il risanamento strutturale degli edifici • Promuovere gli investimenti dell'economia privata a favore del pubblico, in modo da garantire degli utili a medio-lungo termine, in collaborazione con l'ente pubblico • Rendere il settore pubblico funzionale ed attivo in modo da garantirsi delle risorse finanziarie senza ricorrere ad imposte e tasse
Scuola Media di Mendrisio Klasse IV D Via P.F. Mola 6850 Mendrisio (TI) 22 Schüler/innen	RASTA (Raggruppamento Ambientalista Sociale Ticinese Adolescenti) <ul style="list-style-type: none"> • R umoroso Gruppo • A ttento ai problemi ambientali • S ensibile alla politica sociale • T enace nella difesa delle diversità linguistiche e culturali • A perto ai problemi dei giovani
Total Schüler/innen 103	

11. – 15. April 2011

Klassen	Parteien
Oberstufenschulhaus Zin- zikon-Wallrüti Klasse A2a Guggenbühlstrasse 140 8404 Oberwinterthur (ZH) 16 Schüler/innen	Öffentliches Verkehrs Bündnis (ÖVB) <ul style="list-style-type: none"> • Öffentlichen Verkehr verbilligen • Öffentlichen Verkehr für die Jugend attraktiver gestalten • Privatverkehr auf die Schiene (ÖV) bringen
MPS Schwyz Klasse 3b Rubiswilstr. 37 6438 Ibach (SZ) 21 Schüler/innen	Schwyzler Jugend Partei (SJP) <ul style="list-style-type: none"> • Wir Jugendliche wollen aktiv unsere Zukunft und die Zukunft unse- res Landes planen. • Wir setzen uns ein für eine nachhaltige Verkehrs- und Raumpla- nung. • Wir wollen, dass alle Jugendlichen und Erwachsenen eine gute Be- rufsausbildung absolvieren können.
Oberstufe Ennetgraben Hasenbühlstrasse 40 8910 Affoltern a.A. (ZH) 30 Schüler/innen	Vielseitig interessierte Partei (V.I.P.) <ul style="list-style-type: none"> • Wir setzen uns ein für die Chancengleichheit und für den nachhal- tigen Umgang mit der Natur. • Wir verlangen einen besseren Schutz für die Missbrauchsoffer und gerechte Strafen für die Gewaltverbrecher.
Scuola media Parsifal Klasse III A Via alla Roggia 6924 Sorengo (TI) 24 Schüler/innen	GIOVENTÙ PULITA Unsere Partei sucht das Gleichgewicht zwischen menschlichen Bedürf- nissen und der Umwelt zu verbessern. Deshalb sind unsere Vorschläge nicht ideologisch, sondern praktisch und funktionell. Wir wollen kon- krete, wissenschaftlich quantifizier- und kalkulierbare Resultate erzie- len.
Scuola media Parsifal Klasse III B Via alla Roggia 6924 Sorengo (TI) 23 Schüler/innen	L'UNIONE FA LA FORZA Auch wenn unsere Initiative die Umweltproblematik betrifft, interes- sieren wir uns natürlich auch für andere Themen wie z.B. Erziehung, Schule, Verkehr, Einwanderung, Verteidigung und Gesundheit.
Total Schüler/innen 114	

4.3. Volksinitiativen, Empfehlungen, Anträge

14. – 18. Februar 2011

«Keine Gesundheitskosten für Kinder»

Heerbrugg (SG)

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 117 Abs. 3 (neu)

³ Kinder und Jugendliche bis zur abgeschlossenen Erstausbildung, maximal aber bis zum 20. Geburtstag bezahlen keine Gesundheitskosten. Finanziert werden diese Kosten mit einer Steuer auf Zigaretten sowie Alkohol.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt einstimmig, die Initiative abzulehnen, und den Gegenentwurf anzunehmen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative «Keine Gesundheitskosten für Kinder» Volk und Ständen mit Empfehlung auf Zustimmung zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

Gegenentwurf der Kommission

"Keine Gesundheitskosten für die Grundversicherung der Kinder"

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 117 Abs. 3 (neu)

³ Kinder und Jugendliche bis zur abgeschlossenen Erstausbildung, maximal aber bis zum 20. Geburtstag bezahlen keine Gesundheitskosten für die Grundversicherung. Finanziert werden diese Kosten mit einer Steuer auf Zigaretten sowie Alkohol.

«Mutterschaftsurlaub von 14 Monaten»

Thun (BE)

Die Volksinitiative hat den folgenden Wortlaut:

"Erwerbstätigen Eltern wird in der Schweiz bei der Geburt eines Kindes ein bezahlter Urlaub von insgesamt 14 Monaten gewährt. Der Mann muss mindestens 2 Monate davon beziehen."

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt, die Initiative mit 17 Stimmen bei 5 Enthaltungen abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative «Mutterschaftsurlaub von 14 Monaten» dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.

Gegenentwurf der Kommission

Familienurlaub 4 + 2

"Erwerbstätigen Eltern wird in der Schweiz bei der Geburt eines Kindes ein bezahlter (80%) Urlaub von total 6 Monaten gewährt. Aufgeteilt wird dieser wie folgt: **4 Monate** die Mutter, 2 Monate der Vater."

Gegenentwurf der TNP-Fraktion

„Mutter- und Vaterschaftsurlaub von 6+2 Monaten"

Die Bundesverfassung wird wie folgt abgeändert:

"Erwerbstätigen Eltern wird in der Schweiz bei der Geburt eines Kindes ein bezahlter (80%) Urlaub von total 8 Monaten gewährt. Aufgeteilt wird dieser wie folgt: **6 Monate** die Mutter, 2 Monate der Vater."

Gegenentwurf Fraktion Integrationspartei

Die Bundesverfassung wird wie folgt abgeändert:

"Erwerbstätigen Eltern wird in der Schweiz bei der Geburt eines Kindes ein bezahlter (80%) Urlaub von total 8 Monaten gewährt. Aufgeteilt wird dieser wie folgt: 6 Monate die Mutter, 2 Monate der Vater."

Die Eltern, deren Nettoeinkommen tiefer als CHF 4000.-- im Monat beträgt, bekommen 100 % des Lohns bezahlt.

«Stimmrecht für alle, die seit mindestens fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz haben»

Sierre (VS)

Wortlaut der Initiative

Die eidgenössische Volksinitiative «Stimmrecht für alle, die seit mindestens fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz haben» ist in Form eines allgemein verfassten Vorschlags verfasst und verlangt, dass das Schweizer Recht so geändert wird, dass folgende drei Ziele erfüllt werden:

- Jede Person, die seit mindestens 5 Jahren in der Schweiz wohnt, erhält auf Antrag ein Stimmrecht auf Bundesebene;
- dieses Recht erlischt, wenn die Person das schweizerische Staatsgebiet definitiv verlässt;
- dieses Recht wird den direkten Nachkommen übertragen.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt, die Initiative abzulehnen den Gegenvorschlag zur Annahme.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat empfiehlt den eidgenössischen Räten, dass sie die Volksinitiative «Stimmrecht für alle, die seit mindestens fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz haben» dem Volk zur Ablehnung empfehlen sollen.

Gegenvorschlag der Kommission

"Jede Person, die seit mind. 7 Jahren in der Schweiz wohnt, erhält auf Antrag ein Stimmrecht auf Bundesebene. Dieses Recht kann nicht auf direkten Nachkommen übertragen werden."

Gegenentwurf der Fraktion KVP

Die Bundesverfassung wird wie folgt abgeändert:

Art. 34a (neu)

¹ Jede Person, die seit mindestens 7 Jahren in der Schweiz wohnt, erhält auf Antrag ein Stimmrecht auf Bundesebene. Dieses Recht erlischt, wenn die Person das schweizerische Staatsgebiet definitiv verlässt.

² Dieses Recht kann nicht auf die direkten Nachkommen übertragen werden.

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 89 Abs. 6 (neu) und Abs. 7 (neu)

⁶ Alle bestehenden öffentlichen Schulhäuser müssen den Energieverbrauch bis im Jahr 2020 um 10 % vermindern.

⁷ Alle neuen öffentlichen Schulhäuser müssen energetisch selbstversorgend sein.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative mit Empfehlung auf Ablehnung und einen Gegenentwurf Volk und Ständen zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

Gegenentwurf des Bundesrats

I

"Energiesparende öffentliche Gebäude"

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 89 Abs. 6 (neu) und Abs. 7 (neu)

⁶ Alle bestehenden öffentlichen Gebäude müssen den Energieverbrauch bis im Jahr 2020 um 10 % vermindern.

⁷ Alle neuen öffentlichen Gebäude müssen energetisch selbstversorgend sein.

II

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8

⁸ Übergangsbestimmung zu Art. 89 Abs. 6 und 7 (Vorschriften zum Energieverbrauch von öffentlichen Gebäuden)

Öffentliche Gebäude, die sich zum Zeitpunkt der Annahme von Artikel 89 Absatz 6 und 7 durch Volk und Stände bereits in Planung oder im Bau befinden, gelten nicht als neue öffentliche Gebäude; sie fallen unter Artikel 89 Absatz 6.

III

Dieser Bundesbeschluss wird zusammen mit der Volksinitiative «Energiesparende Schulhäuser» Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Volksinitiative und Gegenentwurf werden, sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, Volk und Ständen in einer Doppelabstimmung mit Stichfrage zur Abstimmung unterbreitet (Art. 139b BV).

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt, den direkten Gegenentwurf abzulehnen.

Gegenentwurf Kommission

Die Bundesverfassung wird wie folgt abgeändert:

Art. 89 Abs. 6 (neu) und Abs. 7 (neu)

⁶ Alle bestehenden öffentlichen Gebäude müssen den Energieverbrauch bis im Jahr 2030 um 20 % vermindern.

⁷ Alle neuen öffentlichen Gebäude müssen energetisch selbstversorgend sein.

Gegenentwurf der Fraktion SGP

Die Bundesverfassung wird wie folgt abgeändert:

Art. 89 Abs. 6 (neu) und Abs. 7 (neu)

⁶ Alle öffentlichen Gebäude, die vor dem Jahr 2000 gebaut wurden, müssen den Energieverbrauch bis im Jahr 2020 um 25 % vermindern.

⁷ Alle neuen öffentlichen Schulhäuser müssen energetisch selbstversorgend sein.

Förderung des kulturellen Verständnisses über Grenzen hinweg

Allschwil (BL)

Die Volksinitiative hat den folgenden Wortlaut:

"Schülerinnen und Schüler sollen in ihrer obligatorischen Schulzeit 1mal eine mehr-tägige Kulturreise ins (nahe) Ausland machen können. Die Kulturreise wird thematisch in verschiedenen Unterrichtsfächern als Epoche eingliedert. Die Schule zahlt einen festen Betrag daran."

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat empfiehlt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative "Förderung des kulturellen Verständnisses über Grenzen hinweg" dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.

21. – 25. Februar 2011

«Gerechte Löhne für alle»

Spiez (BE)

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 110a (neu)

Der höchste in einer Firma ausbezahlte Lohn und Bonuszahlungen für eine 100% Arbeitsstelle darf maximal das Fünfundzwanzigfache des tiefsten Lohnes betragen. Von der Regelung ausgenommen sind Praktikums- und Lehrstellen.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative zur Ablehnung

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative "Gerechte Löhne für alle" dem Volk und den Ständen mit Empfehlung auf Ablehnung zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

«Gesetzlicher Anspruch auf Vaterschaftsurlaub»

Berikon A (AG)

Die Volksinitiative hat den folgenden Wortlaut:

"Wir fordern zum Artikel 116 der Bundesverfassung die Ergänzung, dass Väter einen gesetzlichen Anspruch auf Vaterschaftsurlaub von mindestens 4 Wochen erhalten."

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative «Gesetzlicher Anspruch auf Vaterschaftsurlaub» dem Volk mit Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung zu unterbreiten.

Gegenentwurf der Fraktionen NSPS und BfP

Wir fordern zum Artikel 116 der Bundesverfassung die Ergänzung, dass Väter einen gesetzlichen Anspruch auf Vaterschaftsurlaub von mindestens 2 Wochen erhalten.

Gegenentwurf der Fraktion LSD Spiez

Wir fordern zum Artikel 116 der Bundesverfassung die Ergänzung, dass Väter einen gesetzlichen Anspruch auf Vaterschaftsurlaub von mindestens 3 Wochen erhalten.

«Bildungsqualitätskontrolle sicherstellen!»

Martigny (VS)

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 62 Abs. 2bis (neu)

Um die Qualität der Ausbildung sicherzustellen, haben die Kantone dafür zu sorgen, dass die Schülerinnen und Schüler sowie die Schulinspektorinnen und -inspektoren die Eignung ihres Lehrpersonals der Primar- und Sekundarstufe bis zum Erwerb der Maturität oder des Lehrabschlussdiploms evaluieren. Die Evaluation des Lehrpersonals durch die Schülerschaft geschieht unter der Verantwortung der Leitung der Lehranstalten.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative Volk und Ständen mit Empfehlung auf Annahme zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

Gegenentwurf Kommission

Um die Qualität der Ausbildung sicherzustellen, haben die Kantone dafür zu sorgen, dass die Schulinspektorinnen und -inspektoren die Eignung ihres Lehrpersonals der Primar- und Sekundarstufe bis zum Erwerb der Maturität oder des Lehrabschlussdiplomes evaluieren. Die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I + II evaluieren die Eignung ihres Lehrpersonals ebenfalls. Die Evaluation des Lehrpersonals durch die Schülerschaft geschieht unter der Verantwortung der Leitung der Lehranstalten.

«Senkung der Preise im öffentlichen Verkehr»

Sitterdorf (TG)

Wortlaut der Initiative

Die eidgenössische Volksinitiative „Senkung der Preise im öffentlichen Verkehr“ ist in Form eines allgemein verfassten Vorschlags verfasst und verlangt, dass das Schweizer Recht so geändert wird, dass folgende Ziele erfüllt werden:

- eine allgemeine Tarifsenkung bei den öffentlichen Transportmitteln;
- den vollen Billetttarif nur ab dem 18. Altersjahr;
- den Halbtax-Tarif für alle Studierenden und Schüler;
- die Finanzierung soll über eine Erhöhung des Benzinpreises erreicht werden.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat empfiehlt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative „Senkung der Preise im öffentlichen Verkehr“ einer Volksabstimmung zu unterbreiten, mit der Empfehlung auf Ablehnung.

Gegenentwurf Kommission

Die Kommission schlägt der Bundesversammlung folgenden Gegenentwurf vor:

Die eidgenössische Volksinitiative „Senkung der Preise im öffentlichen Verkehr“ ist in Form eines allgemein verfassten Vorschlags verfasst und verlangt, dass das Schweizer Recht so geändert wird, dass für Jugendliche der öffentliche Verkehr attraktiver gestaltet wird.

Folgende Massnahme wird ergriffen:

- Der volle Billetttarif wird erst ab dem 18. Altersjahr fällig

Gegenentwurf der Fraktion Jugend Fraktion Schweiz

Die eidgenössische Volksinitiative „Senkung der Preise im öffentlichen Verkehr“ ist in Form eines allgemein verfassten Vorschlags verfasst und verlangt, dass das Schweizer Recht so geändert wird, dass folgende Ziele erfüllt werden:

- Jugendliche in der Erstausbildung aus Familien mit geringen finanziellen Mitteln können einen Antrag für eine Preisreduktion auf Halbtax- und Streckenabonnements sowie Generalabonnement einreichen.
- die Finanzierung erfolgt aus den allgemeinen Steuereinnahmen des Bundes.

«Mehr Sport statt Kopffächer an der Volksschule»	Berikon C (AG)
---	----------------

Die Volksinitiative «Mehr Sport statt Kopffächer an der Volksschule» hat den folgenden Wortlaut:

Wir wollen die Kopffächerstunden vermindern, dafür mehr Sport einführen. Kann sich die Schülerin/der Schüler mehr bewegen, kann er/sie sich im Unterricht besser konzentrieren. Dies fördert indirekt auch die Motivation. Ausserdem bekämpfen wir mit der Annahme dieser Initiative das Problem der übergewichtigen Kinder.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative mit Empfehlung auf Ablehnung zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

«Chatrooms und Pädophilie»	Aarberg (BE)
-----------------------------------	--------------

Die Volksinitiative hat den folgenden Wortlaut:

„Die Menschenwürde und der Schutz der Jugendlichen sind zu achten. Alle Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf den besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit (Art. 7, 11.1, 13.2 der BV). Die Bundesverfassung ist so zu ergänzen, dass Pädophilen gegenüber die Jugendlichen, insbesondere die Minderjährigen, mehr geschützt werden, dass die Zahl der Rückfälle von Pädophilen begrenzt wird und die Pädophilen davon abgehalten werden, zur Tat zu schreiten. Folgende Massnahmen sollten berücksichtigt werden: Verlängerung der Freiheitsstrafen, keine Geldstrafen, das Nichtentlassen von Pädosexuellen mit Rückfallgefahr, systematische psychiatrische Gutachten vor dem Eintreten auf ein Entlassungsgesuch eines Pädosexuellen.“

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative anzunehmen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative mit Empfehlung auf Ablehnung zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

28. März – 1. April 2011

«Faire Preispolitik für Jugendliche»

Berikon B (AG)

Die eidgenössische Volksinitiative „Faire Preispolitik für Jugendliche“ ist in Form eines allgemein verfassten Vorschlags verfasst und verlangt, dass das Schweizer Recht so geändert wird, dass folgende Ziele erfüllt werden:

- Jugendliche schulden bis zum Vorabend ihres 18. Geburtstags beim öffentlichen Verkehr mit Vergünstigung den halben Preis
- sowie bei sämtlichen Eintritten
- und weiteren Dienstleistungen

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die eingereichte Initiative in dieser Form abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative „Faire Preispolitik für Jugendliche“ einer Volksabstimmung zu unterbreiten, mit der Empfehlung auf Ablehnung.

Gegenentwurf der Kommission

"Jugendliche schulden bis zum Vorabend ihres 18. Geburtstags beim öffentlichen Verkehr mit Vergünstigung den halben Preis." (nur öffentlicher Verkehr)

«Mehr Ferien, um Schüler in Schwierigkeiten zu helfen»

Meyrin (GE)

Die Volksinitiative „Mehr Ferien, um Schüler in Schwierigkeiten zu helfen“ ist als allgemeiner Vorschlag verfasst und verlangt eine Teilrevision der Bundesverfassung mit folgenden Zielsetzungen: „Um Schüler in Schwierigkeiten zu helfen, sollen die Bundesbehörden Art. 62 der BV (Par. 7 neu) ändern, um einen Zusatz-Ferienmonat zu den bisherigen Ferien vorzusehen.“

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den Eidgenössischen Räten, die Volksinitiative „Mehr Ferien, um Schüler in Schwierigkeiten zu helfen“ einer Volksabstimmung zu unterbreiten, mit der Empfehlung auf Ablehnung.

«Für die Legalisierung von Hanf»

Sedrun (GR)

Die Volksinitiative «Für die Legalisierung von Hanf» hat den folgenden Wortlaut:

Die Bundesverfassung wird so geändert, dass Anbau, Produktion, Handel, Privatkonsum, industrielle und kommerzielle Verwertung von Hanf legal wird.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung die Initiative zur Ablehnung.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative «Für die Legalisierung von Hanf» dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen.

Gegenvorschlag der Kommission

"Die Bundesverfassung wird so geändert, dass Anbau, Produktion und Handel legal werden. Insbesondere soll die kommerzielle und industrielle Verwertung von Hanf für die Textilarbeitung, Kosmetik und Medizin erlaubt werden."

«Schulunterricht in anderem Sprachraum»

Hüttenwilen (TG)

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 70 Abs. 3a (neu)

^{3a} Bund und Kantone sorgen dafür, dass Sekundarschüler vor Ablauf der obligatorischen Schulzeit mindestens drei Wochen den Schulunterricht in einem anderen Sprachraum der Schweiz besuchen können.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative mit Empfehlung auf Ablehnung Volk und Ständen zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

Gegenentwurf Kommission

Bund und Kantone sorgen dafür, dass in der 9. Klasse ein vierwöchiger Schulunterricht in einem anderen Sprachraum der Schweiz freiwillig besucht werden kann.

«Einheitliches Schulsystem»

Mettmenstetten (ZH)

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 62 Abs. 1, 4 und 6

¹ Für das Schulwesen ist der Bund zuständig.

⁴ Der Bund regelt das Schuleintrittsalter und die Schulpflicht, die Dauer und die Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie die Anerkennung von Abschlüssen.

⁶ Der Bund bestimmt das Schulmodell mit Rücksichtnahme auf regionale Besonderheiten. Bei der Vorbereitung von Erlassen kommt der Mitwirkung der Kantone besonderes Gewicht zu.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative anzunehmen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative mit Empfehlung auf Ablehnung zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

4. – 8. April 2011

«Besserer Schutz der Jugend vor Tabakkonsum»

Emmenbrücke 2b (LU)

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 11 Abs. 3 und 4 (neu)

³ Für Jugendliche unter 18 Jahren ist der Konsum von Tabak verboten.

⁴ Der Bund erlässt die nötigen Bestimmungen. Für den Vollzug sind die Kantone zuständig.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative "Besserer Schutz der Jugend vor Tabakkonsum" anzunehmen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative mit Empfehlung auf Ablehnung Volk und Ständen zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

«Öffentlicher Transport zuerst!»

Mendrisio IV D (TI)

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 82 Abs. 4 (neu) und 5 (neu)

⁴ Der öffentliche Transportverkehr genießt gegenüber dem Privatverkehr Vorrang.

⁵ Bevor die Transitkapazität des Strassennetzes erhöht wird, müssen andere Lösungen geprüft werden, welche den öffentlichen Transport oder aber Mittel fördern, welche die Umwelt nicht belasten.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative anzunehmen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative Volk und Ständen mit Empfehlung auf Ablehnung (Vorlage A) und seinen Gegenentwurf mit Antrag auf Annahme (Vorlage B) zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

Gegenentwurf Bundesrat

Art. 80a (neu) Koordinierte Verkehrspolitik

¹ Der Bund legt die Ziele der schweizerischen Gesamtverkehrspolitik fest. Er berücksichtigt dabei die Verkehrsbedürfnisse, den wirtschaftlichen Einsatz der Mittel sowie die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Er koordiniert im Rahmen seiner verfassungsmässigen Befugnisse den Verkehr zu Land, zu Wasser und in der Luft.

² Wenn das Gesamtinteresse es verlangt, kann der Bund auf dem Wege der Gesetzgebung nötigenfalls in Abweichung von der Wirtschaftsfreiheit Massnahmen treffen, um die Strassen vom Güterfernverkehr zu entlasten.

³ Der Bund stellt beim privaten Verkehr unter Mitwirkung der Kantone die Planung, den Bau und den Unterhalt der Verkehrsnetze von nationaler Bedeutung sicher. Diese verbinden die Regionen und dienen dem Fernverkehr. Für die Finanzierung kommt zur Hauptsache der Bund auf. Die Kantone sorgen für die übrigen Verkehrsnetze des privaten Verkehrs.

⁴ Bund und Kantone sorgen für den öffentlichen Verkehr. Der Bund finanziert den öffentlichen Verkehr von nationaler Bedeutung. Er erlässt zur Sicherstellung eines leistungsfähigen Gesamtverkehrsystems Grundsätze für die Ausgestaltung des regionalen öffentlichen Verkehrs und fördert diesen nach Massgabe der regionalen Verkehrsbedürfnisse und der Finanzkraft der Kantone.

⁵Die Lasten der Kantone gleicht der Bund so aus, dass kein Kanton gesamthaft unverhältnismässige Leistungen für den Verkehr erbringen muss.

⁶Die Benützer der Verkehrsnetze decken, nach Abzug der Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, in der Regel langfristig die von ihnen verursachten Kosten. Der Gesetzgeber bestimmt die Ausnahmen. Bund, Kantone und Gemeinden kommen für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen auf, die sie veranlassen. Der Bund stellt in Zusammenarbeit mit den Kantonen die der Allgemeinheit durch den öffentlichen und privaten Verkehr erwachsenden Kosten fest.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, den Gegenentwurf des Bundesrats abzulehnen.

«Durch den Gotthard: von der Strasse auf die Schiene»

Mendrisio Terza Media (TI)

Die Volksinitiative «Durch den Gotthard: Von der Strasse auf die Schiene» wünscht in Form einer allgemeinen Anregung wörtlich:

Erhebung einer Steuer derart, dass der Transport auf der Schiene, ohne die Wirtschaftsfreiheit und die Freiheit der Wahl des Transportmittels zu beeinträchtigen, im Vergleich zum Strassentransport erheblich vorteilhafter wird und die Kosten der Dienstleistungen der Alptransit AG tatsächlich deckt. Um die Verlagerung der Güter von der Strasse auf die Schiene zu ermöglichen, beteiligt sich der Bund soweit nötig am Ausbau der für die Verlagerung erforderlichen Infrastrukturen.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, der Empfehlung des Bundesrats zu folgen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, der Volksinitiative «Durch den Gotthard: Von der Strasse auf die Schiene» zuzustimmen und diese Volksinitiative in Form der allgemeinen Anregung als erfüllt abzuschreiben, sobald der direkte Gegenentwurf zur Volksinitiative "Öffentlicher Transport zuerst" verabschiedet worden ist.

«Sinnvolle Freizeitgestaltung für Schüler»

Sils i. D. (GR)

Die Volksinitiative hat den folgenden Wortlaut:

"Schüler mit Schweizer Bürgerrecht oder mit Wohnsitz in der Schweiz, welche sich hier in der obligatorischen Schulzeit befinden, werden vom Bund, in Zusammenarbeit mit den Kantonen, in definierten gesundheitsfördernden Freizeitaktivitäten mit einem finanziellen Beitrag unterstützt.

Der Bund erlässt die nötigen Bestimmungen."

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung einstimmig, die Initiative abzulehnen und dafür den Gegenvorschlag anzunehmen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative «Sinnvolle Freizeitgestaltung für Schüler» dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen

Gegenentwurf Kommission

Alle Schülerinnen und Schüler, welche sich in der obligatorischen Schulzeit befinden, **werden vom Bund über die Kantone in Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen**, in definierten gesundheitsfördernden Freizeitaktivitäten mit einem finanziellen Beitrag unterstützt.

Der Bund erlässt die nötigen Bestimmungen."

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 80 Abs. 4 (neu) und Abs. 5 (neu)

⁴ Für das Schlachten von Tieren gilt:

- a. Säugetiere und Geflügel sind vor dem Blutentzug zu betäuben, derart, dass sofortige, bis zum Tod anhaltende Betäubungslosigkeit eintritt.
- b. Der Import und Vertrieb von Fleisch solcher Tiere, die nicht nach einer gleichwertigen Vorschrift wie in Buchstabe a betäubt worden sind, sind verboten.

⁵ Für den Vollzug von Absatz 4 ist der Bund zuständig. Er kann einzelne Aufgaben an die Kantone delegieren.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung einstimmig, die Initiative abzulehnen und dafür den Gegenvorschlag anzunehmen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative mit Empfehlung auf Ablehnung und ohne Gegenentwurf Volk und Ständen zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

Gegenentwurf Kommission

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 80 Abs. 4 (neu) und Abs. 5 (neu)

⁴ Für das Schlachten von Tieren gilt:

- a. Säugetiere und Geflügel sind vor dem Blutentzug zu betäuben, derart, dass sofortige, bis zum Tod anhaltende **Bewusstlosigkeit** eintritt.
- b. Der Import und Vertrieb von Fleisch solcher Tiere, die nicht nach einer gleichwertigen Vorschrift wie in Buchstabe a betäubt worden sind, sind verboten.

⁵ Für den Vollzug von Absatz 4 ist der Bund zuständig. Er kann einzelne Aufgaben an die Kantone delegieren.

11. – 15. April 2011

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 62

¹ Für das Schulwesen ist der Bund zuständig.

² Er sorgt für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offen steht. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch und untersteht staatlicher Leitung oder Aufsicht. An öffentlichen Schulen ist er unentgeltlich.

³ Er sorgt für eine ausreichende Sonderschulung aller behinderten Kinder und Jugendlichen bis längstens zum vollendeten 20. Altersjahr.

⁴ Der Lehrplan ist gesamtschweizerisch einheitlich. Die Sprachfächer werden der Region entsprechend angeboten.

⁵ Der Unterricht findet innerhalb Blockzeiten statt bis längstens 13:30.

⁶ Für Hausaufgaben, Therapien, Lernphasen steht täglich ein zusätzlicher, betreuter Block von höchstens 90 Minuten zur Verfügung, Hausaufgaben entfallen.

⁷ Ferien und Feiertage können je nach Region variieren, sind aber in ihrer Gesamtdauer einheitlich

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative «Schule Schweiz» Volk und Ständen ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen.

Gegenentwurf Kommission

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 62

¹ Für das Schulwesen ist der Bund zuständig.

² Er sorgt für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offen steht. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch und untersteht staatlicher Leitung oder Aufsicht. An öffentlichen Schulen ist er unentgeltlich.

³ Er sorgt für eine ausreichende Sonderschulung aller behinderten Kinder und Jugendlichen bis längstens zum vollendeten 20. Altersjahr.

⁴ Der Lehrplan ist gesamtschweizerisch einheitlich. Die Sprachfächer werden der Region entsprechend angeboten.

⁵ Für Hausaufgaben, Therapien, Lernphasen steht täglich ein zusätzlicher, betreuter Block von höchstens 90 Minuten zur Verfügung, Hausaufgaben entfallen.

⁶ Ferien und Feiertage können je nach Region variieren, sind aber in ihrer Gesamtdauer einheitlich.

«Einheitliches Schulsystem»	Ibach (SZ)
------------------------------------	------------

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 62 Abs. 1, 4 und 6

¹ Für das Schulwesen ist der Bund zuständig.

⁴ Der Bund regelt das Schuleintrittsalter und die Schulpflicht, die Dauer und die Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie die Anerkennung von Abschlüssen.

⁶ Der Bund bestimmt das Schulmodell mit Rücksichtnahme auf regionale Besonderheiten. Bei der Vorbereitung von Erlassen kommt der Mitwirkung der Kantone besonderes Gewicht zu.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative «Einheitliches Schulsystem» Volk und Ständen ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen.

Gegenentwurf der Fraktion ÖVB

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Art. 62

¹ Für das Schulwesen ist der Bund zuständig.

² Er sorgt für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offen steht. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch und untersteht staatlicher Leitung oder Aufsicht. An öffentlichen Schulen ist er unentgeltlich.

³ Er sorgt für eine ausreichende Sonderschulung aller behinderten Kinder und Jugendlichen bis längstens zum vollendeten 20. Altersjahr.

⁴ Der Lehrplan ist gesamtschweizerisch einheitlich. Die Sprachfächer werden der Region entsprechend angeboten.

⁵ Für Hausaufgaben, Therapien, Lernphasen steht täglich ein zusätzlicher, betreuter Block von höchstens 90 Minuten zur Verfügung, Hausaufgaben entfallen.

⁶ Ferien und Feiertage können je nach Region variieren, sind aber in ihrer Gesamtdauer einheitlich.

«Bevorzuge ein ökologisches Fahrzeug!»

Sorengo A (TI)

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 86b Unterstützung des schadstoffarmen Verkehrs

Jeder Schweizer Bürger oder Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz, bekommt eine 50%-Finanzierung seines ersten Fahrzeuges, falls seine Wahl auf ein ökologisch einwandfreies Modell fällt. Ein ökologisches Fahrzeug muss eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- weniger als 4 Liter Benzin pro 100 km verbrauchen
- einen Hybrid-Elektro-/Benzin-Motor haben
- einen Elektro-Motor haben.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative zu verwerfen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat unterbreitet beantragt der Bundesversammlung, die Volksinitiative mit Empfehlung auf Ablehnung (Vorlage A) und seinen Gegenentwurf mit Antrag auf Annahme (Vorlage B) Volk und Ständen zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

Gegenentwurf Bundesrats

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 86 Abs. 3 Bst. g (neu) und Abs. 4 zweiter Satz (neu)

³ Er verwendet die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf allen Treibstoffen ausser den Flugtreibstoffen sowie den Reinertrag der Nationalstrassenabgabe für folgende Aufgaben und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr:

g. Förderung des Baus von Verschrottungsanlagen für ältere Motorfahrzeuge.

⁴ ...Für den Bau von Verschrottungsanlagen für ältere Motorfahrzeuge wird ein gesonderter Treibstoffzollzuschlag von zehn Rappen je Liter erhoben.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, den Gegenentwurf des Bundesrates abzulehnen und den Gegenvorschlag der Kommission anzunehmen.

Gegenentwurf Kommission

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

Jeder Schweizer Bürger oder Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz, bekommt eine 20%-Finanzierung seines ersten Fahrzeuges, falls seine Wahl auf ein elektrisches Auto fällt, das weniger als 30'000 Fr. kostet und die Batterien mit einer zusätzlich installierten Solarzellenanlage aufgeladen werden.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 86a Verkehrssteuer gemäss der verursachten Luftverschmutzung

Jeder Besitzer eines Fahrzeuges, welches sich in der Schweiz fortbewegt, ist verpflichtet, eine Luftverschmutzungs-Steuer zu entrichten. Auch die ausländischen Fahrzeuge unterliegen dieser Steuer. Sie wird berechnet aufgrund der Schadstoffemissionen wie Feinstaub und Stickstoffoxid. Die ausländischen Fahrzeuge auf der Durchreise müssen für diejenigen Tage, welche sie in der Schweiz verbringen ebenfalls diese Steuer entrichten. Die Erträge aus dieser Steuer sollen der Eidgenossenschaft die Finanzierung von ökologisch unbedenklichen Fahrzeugen ermöglichen.

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

...Dem berechtigten Anliegen des Initiativkomitees ist durch den Gegenentwurf des Bundesrates zur Volksinitiative "Bevorzuge ein ökologisches Fahrzeug!" Rechnung getragen. Die Volksinitiative «Der Luft-Verschmutzer bezahlt!» würde zunächst erhebliche Mittel für den Aufbau der Organisation zur Steuererhebung binden.

Aus diesen Gründen beantragt der Bundesrat der Bundesversammlung, die Volksinitiative Volk und Ständen mit Empfehlung auf Ablehnung zur Volksabstimmung zu unterbreiten.

«Änderung des

Art. 87 BV:

1. Der Preis für Billette im Öffentlichen Verkehr wird um mindestens 10 % reduziert.
2. Der Nachtzuschlag im Nahverkehr fällt allgemein weg.
3. Die dadurch entstehenden Mehrkosten des Öffentlichen Verkehrs werden durch erhöhte Treibstoffzölle beim privaten Verkehr querfinanziert.»

Empfehlung der Kommission

Die Kommission empfiehlt der Bundesversammlung, die Initiative abzulehnen.

Empfehlung des Bundesrats

Der Bundesrat empfiehlt den eidgenössischen Räten, die Volksinitiative „Verbilligen des öffentlichen Verkehrs“ einer Volksabstimmung zu unterbreiten, mit der Empfehlung auf Ablehnung.

Gegenentwurf Kommission

Die Bundesverfassung (BV) wird wie folgt geändert:

1. Der Preis für Billette im Öffentlichen Verkehr wird um mindestens 10 % reduziert.
2. Der Nachtzuschlag im Nahverkehr fällt allgemein weg.
3. Die dadurch entstehenden Mehrkosten des Öffentlichen Verkehrs werden durch erhöhten Güterverkehr mit der Bahn querfinanziert.»

4.4. Gespräch mit einem/einer Parlamentarier/in

14. – 18. Februar 2011

- Oberstufe Mittelrheintal, Heerbrugg (SG) NR Thomas Müller, Rorschach
- OS Strättligen, Thun (BE) NR Ursula Haller, Thun
- Schulhaus Lettenweg, Allschwil (BL) NR Elisabeth Schneider, Biel-Benken
- CO Goubin, Sierre (VS) NR Christophe Darbellay, Martigny-Croix
- CO Florence, Conches (GE) NR Hugues Hiltbold, Carouge

21. – 25. Februar 2011

- Kreisschule Mutschellen 4a (AG) NR Esther Egger Wyss, Kirchdorf (AG)
- Kreisschule Mutschellen 4c (AG) NR Geri Müller, Baden
- Sekundarschule Bruggfeld, Sitterdorf (TG) SR Hermann Bürgi, Dussnang
- Real- und Sekundarschule, Aarberg (BE) NR Hans Grunder, Hasle bei Burgdorf
- CO de Sainte-Jeanne-Antide, Martigny (VS) NR Paul-André Roux, Sion
- Schlossbergschule, Spiez (BE) NR Margret Kiener Nellen, Bolligen

28. März – 1. April 2011

- Sekundarschule Hüttwilen (TG) NR Edith Graf, Frauenfeld
- Kreisschule Mutschellen 4b (AG) NR Sylvia Flückiger, Schöftland
- Schulhaus Sedrun, Sedrun (GR) NR Brigitta Gadiant, Chur
- Sekundarschule, Mettmenstetten (ZH) NR Kathy Riklin, Zürich
- CO la Golette, Meyrin (GE) NR Luc Barthassat, Charrot

4. – 8. April 2011

- Kreisschule, Sils i. D. (GR) NR Hansjörg Hassler, Donat (GR) *
- Schulhaus Gersag I, 2a, (LU) NR, Prisca Birrer-Heimo, Rothenburg
- Schulhaus Gersag I, 2b, (LU) NR Ida Glanzmann, Altishofen
- Scuola Media di Mendrisio, Terza Media (TI) NR Ignazio Cassis, Montagnola ^{1*}
- Scuola Media di Mendrisio, IV D (TI) NR Marina Carobbio Guscetti, Lumino ^{2*}

11. – 15. April 2011

- Oberstufe Zinzikon-Wallrüti, Oberwinterthur (ZH) NR Thomas Weibel, Horgen
- MPS Schwyz, Imbach (SZ) NR Andy Tschümperlin, Rickenbach
- Oberstufe Ennetgraben, Affoltern a. A. (ZH) NR Barbara Schmid-Federer, Männedorf
- Scuola media Parsifal III A, Sorengo (TI) NR Marina Carobbio Guscetti, Lumino
- Scuola media Parsifal III B, Sorengo (TI) NR Fabio Pedrina, Airolo

* Traf die Klasse vor der Projektwoche in Sedrun.

^{1*} Kurzfristige Absage. Trifft die Klasse zu einem späteren Zeitpunkt.

4.5. Besuch einer ausländischen Botschaft

14. – 18. Februar 2011

- Oberstufe Mittelrheintal, Heerbrugg (SG) Polen
- OS Strättligen, Thun (BE) Schweden
- Schulhaus Lettenweg, Allschwil (BL) Rumänien
- CO Goubin, Sierre (VS) USA
- CO Florence, Conches (GE) Vatikanstadt

21. – 25. Februar 2011

- Kreisschule Mutschellen 4a (AG) Kosovo
- Kreisschule Mutschellen 4c (AG) USA
- Sekundarschule Bruggfeld, Sitterdorf (TG) Niederlande
- Real- und Sekundarschule, Aarberg (BE) Deutschland
- CO de Sainte-Jeanne-Antide, Martigny (VS) Belgien
- Schlossbergschule, Spiez (BE) Italien

28. März – 1. April 2011

- Sekundarschule Hüttwilen (TG) Brasilien
- Kreisschule Mutschellen 4b (AG) Finnland
- Schulhaus Sedrun, Sedrun (GR) Türkei
- Sekundarschule, Mettmenstetten (ZH) USA
- CO la Golette, Meyrin (GE) Algerien

4. – 8. April 2011

- Kreisschule, Sils i. D. (GR) Finnland
- Schulhaus Gersag I, 2a, (LU) Frankreich
- Schulhaus Gersag I, 2b, (LU) Deutschland
- Scuola Media di Mendrisio, Terza Media (TI) USA
- Scuola Media di Mendrisio, IV D (TI) Indien

11. – 15. April 2011

- Oberstufe Zinzikon-Wallrüti, Oberwinterthur (ZH) USA
- MPS Schwyz, Imbach (SZ) USA
- Oberstufe Ennetgraben, Affoltern a. A. (ZH) Südafrika
- Scuola media Parsifal III A, Sorengo (TI) England
- Scuola media Parsifal III B, Sorengo (TI) Niederlande

4.6. Nationalratssession

17. Februar 2011

NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Vize-NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Unterstützung durch
Vertretung Bundesrat

Edwin Frei (SGP, Heerbrugg)
Jennifer Hirschi (KVP, Allschwil)
Elisabeth Barben, Stv. Sekretärin Ständerat (- 2007)
BR Elisabeth Kopp (1984 – 1989)

24. Februar 2011

NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Vize-NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Unterstützung durch
Vertretung Bundesrat

Patrick Kunz (NSPS, Berikon)
Kim Vetsch (SFP, Berikon)
NR-Präsidentin Pascale Bruderer (2009/2010)
BR Ruth Dreifuss (1993 – 2002)

31. März 2011

NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Vize-NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Unterstützung durch
Vertretung Bundesrat

Noah Sigg (SAS, Hüttwilen)
Tim Potter (PDJ, Mettmenstetten)
Andreas Blaser / Elisabeth Barben
BR Elisabeth Kopp (1984 – 1989)

7. April 2011

NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Vize-NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Unterstützung durch
Vertretung Bundesrat

Manuel Weber (ESP, Emmenbrücke)
Giulia Camponovo (RASTA, Mendrisio)
NR-Präsident Hanspeter Seiler (1999/2000)
BR Arnold Koller (1987 – 1999)

14. April 2011

NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Vize-NR-Präsident „Schulen nach Bern“
Unterstützung durch
Vertretung Bundesrat

Joëlle Mattarelli (GIOVENTÙ PULITA, Sorengo)
Raphale Sprich (VIP, Affoltern a. Albis)
Ueli Anliker, Ratssekretär des NR (1980-2008)
BR Elisabeth Kopp (1984 – 1989)

5. Finanzen

Stand 30. Juni 2011

	2011 CHF	2010 CHF
Mitgliederbeiträge	700.00	200.00
Gönnerbeiträge	1'510.00	2'650.00
Projektbeiträge Förderer	115'000.00	146'575.00
Unkostenbeiträge Schulklassen	81'200.00	57'760.00
Übriger Ertrag	0.00	0.00
Total Beiträge	198'410.00	207'185.00
TOTAL BETRIEBSERTRAG	198'410.00	207'185.00
Lehrmittel	14'634.05	5'219.10
Internet/Webzeitung	85.00	85.00
Projektkoordination/Spielleitung	77'128.20	71'924.15
Total Projektentwicklungsaufwand	91'847.25	77'228.25
Spesen Projekt	0.00	613.55
Reisekosten/Transport	24'634.80	17'874.00
Unterkunft/Verpflegung	72'483.50	62'006.85
Personalkosten Verpflegung / Reinigung	37'061.25	26'653.75
Stadtführung	12'250.00	9'800.00
Zwischenverpflegung	9'496.65	9'052.40
Betreuung	14'943.10	20'627.40
Übersetzungen	29'290.65	22'584.60
Simultandolmetschen	26'735.15	23'116.50
Diverse Projektkosten	8'373.45	8'280.60
Total Direkter Projektaufwand	235'268.55	200'609.65
PR	734.40	3'937.10
Entwicklung und Realisierung	0.00	0.00
Total Übriger Projektaufwand	734.40	3'937.10
Büromaterial	1'001.60	856.95
Porti	947.80	1'714.00
Kopien	1'455.30	1'812.10
Spesen	0.00	75.80
Verein	53.40	581.00
Versicherungen	272.20	302.40
Diverses	0.00	2'469.95
Total Übriger Verwaltungsaufwand	3'730.30	7'812.20
TOTAL PROJEKTAUFWAND	331'580.50	289'587.20
Betriebsergebnis 1	-133'170.50	-82'402.20
Startbeiträge aus Lotteriefonds	132'707.65	81'251.70
Betriebsergebnis 2	-462.85	-1'150.50

